

ORH-Bericht 2007 TNr. 29

Ämter für Landwirtschaft und Forsten, Sachgebiete Tierzucht

Jahresbericht des ORH

Der ORH fordert, die staatliche Betätigung in der Verbandsarbeit einzustellen. Im Bereich der Tierzucht sieht er weitere Einsparmöglichkeiten von bis zu 79 Stellen, wenn die Staatsaufgaben konsequent auf die Kernbereiche konzentriert werden.

Beschluss des Landtags

vom 25. Juni 2008
(Drs. 15/10908 Nr. 2 I)

Die Staatsregierung wird gemäß Art. 114 Abs. 3 und 4 der Bayerischen Haushaltsordnung ersucht,

- im Tierzuchtbereich die Personalausstattung am bestehenden Reformkonzept und den bereits beschlossenen Abbaupflichtungen auszurichten,
- die Einbindung staatlichen Personals in die Verbands- und Vereinsarbeit auf fachliche Belange zu beschränken,
- darauf hinzuwirken, dass sich Verbände zusammenschließen.

Dem Landtag ist bis 30.11.2009 zu berichten.

Stellungnahme des Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

vom 1. Dezember 2009
(L 5-0746-560)

Im Zuge der Reform „Verwaltung 21“ seien die Staatlichen Sachgebiete Rinderzucht von 15 auf 10 und die Stellen im Tierzuchtbereich von 161,5 auf 131,5 reduziert worden. Weitere anteilige Stellenkürzungen bis 2019 würden im Rahmen der Abbaupflichtung für die gesamte Landwirtschaftsverwaltung noch erfolgen.

Die Einbindung des staatlichen Personals in die Verbands- und Vereinsarbeit sei durch entsprechende Maßnahmen und Regelungen zeitlich auf fachliche Belange beschränkt.

Durch die Reduzierung der Sachgebiete Rinderzucht von 15 auf 10 seien die Strukturen der staatlichen Rinderzuchtberatung bereits geräumiger angelegt. In mehreren Fällen sei ein Zuchtleiter für mehrere Verbände zuständig. Das Staatsministerium gehe deshalb davon aus, dass die Zuchtverbände mittelfristig mit ihren Strukturen nachziehen werden.

Anmerkung des ORH

Das Staatsministerium hat den Beschluss des Landtags umgesetzt. Gleichwohl sieht der ORH noch Einsparmöglichkeiten, wenn die staatlichen Aufgaben konsequent auf die Kernbereiche reduziert würden.

**Beschluss des Ausschusses
für Staatshaushalt und Finanz-
fragen**

vom 6. Mai 2010

Kenntnisnahme.